

# Pressemitteilung

Bonn, den 06.11.2023

13/2023

## Begrenzen, steuern, ordnen und langfristig finanzieren DStGB fordert Neustart in der Migrationspolitik

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert einen Neustart in der Migrationspolitik. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. *„Ein großer Teil der Städte und Gemeinden ist längst über der Leistungsgrenze bei Unterbringung, Versorgung und Integration. Gleichzeitig steigen die Zuzugszahlen weiter und dementsprechend auch die Kosten“* betonten der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Dr. Uwe Brandl und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg nach der Sitzung des Präsidiums des kommunalen Spitzenverbandes heute in Bonn.

Ende September dieses Jahres gab es über 230.000 Erstanträge auf Asyl in Deutschland, das sind 70 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig wurden seit dem vergangenen Jahr über 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine in Deutschland aufgenommen. *„Die Politik muss daher nun die notwendige Wende einleiten, nach dem Grundsatz: ‚Unsere Herzen sind groß, aber unsere Möglichkeiten sind begrenzt‘“*, so **Brandl** und **Landsberg**.

*„Die Prinzipien „Begrenzen, steuern, ordnen, integrieren und nachhaltig finanzieren“ müssen endlich in konkrete gesetzgeberische Maßnahmen umgesetzt werden“*, stellten **Brandl** und **Landsberg** klar. Dabei müsse man sich ehrlich machen: *„Es gibt keine einfache und keine kurzfristige Lösung, sondern es kommt darauf an, die verschiedenen Bausteine zusammenzufügen, um die notwendigen Ergebnisse zu erzielen. Wir plädieren für ein Migrationsgesetzbuch, in dem die verschiedenen Maßnahmen für*

Marienstraße 6  
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.253  
Telefax 030.773 07.200

E-Mail: [dstgb@dstgb.de](mailto:dstgb@dstgb.de)  
Homepage:  
<http://www.dstgb.de>

ViSdP  
Geschäftsführendes  
Präsidialmitglied  
**Dr. Gerd Landsberg**  
Pressesprecher  
**Alexander Handschuh**

*die unterschiedlichen Gruppen, wie auch Leistungen und mögliche Sanktionen, abschließend beschrieben werden.“* Dazu gehörten zum Beispiel eine klare Differenzierung zwischen Personen mit und Personen ohne Bleibeperspektive. Personen mit Bleibeperspektive sollten möglichst schnell arbeiten, denn dies sei der beste Weg zur Integration. Personen ohne Bleibeperspektive sollten nicht auf die Kommunen verteilt werden, sondern in Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder oder auch des Bundes, deren Kapazitäten deutlich ausgeweitet werden müssen, verbleiben.

Zusätzlich sollte bundeseinheitlich ein digitaler Flüchtlingsausweis eingeführt werden, in dem die Identität, der Status und gegebenenfalls auch die beruflichen Kenntnisse oder besondere gesundheitliche Anforderungen festgeschrieben werden können. *„Gerade bei Personen ohne Bleibeperspektive könnte der digitale Flüchtlingsausweis auch mit einer Bezahlungsfunktion verbunden werden, sodass zum Beispiel nur die notwendigen Dinge des täglichen Lebens gekauft werden können“*, so **Brandl** und **Landsberg**.

Zur Beschleunigung der Verfahren sollte aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zudem überlegt werden, die Kapazitäten der Verwaltungsgerichte zu erweitern und insbesondere bei einfachen Sachverhalten auch die Möglichkeit einer Entscheidung durch einen Einzelrichter am Verwaltungsgericht zu ermöglichen.

Von besonderer Bedeutung für die Städte und Gemeinden ist die nachhaltige Finanzierung der Migrationsaufgaben. *„Die Kommunen bringen die Menschen unter, versorgen sie und organisieren die Integration sowie Kita- und Schulplätze. Umgekehrt erwarten wir aber, dass diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund und Ländern dauerhaft finanziert wird. Hier muss der Bund deutlich mehr leisten und insbesondere eine langfristige Perspektive aufzeigen, damit die Städte und Gemeinden endlich Planungssicherheit erhalten“*, forderten **Brandl** und **Landsberg** abschließend.